

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

EIN PUTSCH

Dieser Putsch kommt von weit her.

Sofort nach ihrer Niederlage auf dem Hamburger Parteitag haben die Vorreiter der Schröder/Agenda-Politik in der SPD-Führung und der Großen Koalition, Steinmeier und Steinbrück, im Hintergrund unterstützt von Müntefering, keine Gelegenheit ausgelassen, um die von der überwältigenden Mehrheit gewollte Neuorientierung der SPD auf eine Politik der „Korrektur sozialer Ungerechtigkeiten“ zu diskreditieren und zu torpedieren und den für diese politische Orientierung gewählten Vorsitzenden Kurt Beck zu demontieren.

Jetzt, rechtzeitig vor dem für Dezember vorgesehenen SPD-Parteitag zur Abstimmung über das Wahlprogramm und den Kanzlerkandidaten, in dessen Vorbereitung sich alle SPD-Mitglieder auf der Grundlage einer demokratischen Diskussion und Willensbildung hätten einbringen sollen, sahen sie den Zeitpunkt für sich gekommen. In einem kalten Handstreich wurden dem überrumpelten und entsetzten Parteivolk, nach Entscheidung in engsten Parteiführungszirkeln, ein neuer Parteivorsitzender, Müntefering, und ein Spitzenkandidat für die Bundestagswahl, Steinmeier, präsentiert. Und dann wurde ihm noch Wasserhölzel als neuer Geschäftsführer aufgedrückt, und zwar von jenem Müntefering, der diesen 2005 in einem demokratischen Abstimmungsprozess nicht als Generalsekretär durchsetzen konnte und daraufhin vom Parteivorsitz zurücktrat.

Mit den Steinmeier, Müntefering und Steinbrück in den entscheidenden Spitzenpositionen sollte der SPD die Fortsetzung der verhängnisvollen Agenda-Politik durch einen Putsch de facto aufgedrückt werden, und das muss nun durch einen schnellen „Basta“-Parteitag formal abgesegnet werden.

Die SPD auf die Fortsetzung der EU-/Agenda-Politik getrimmt, noch dazu in der Situation, wo die weltweite Wirtschaftskrise mit den schlimmsten Schlägen gegen die ArbeitnehmerInnen und Völker droht? „Es darf jetzt in der SPD keinen Durch-

marsch nach rechts geben, das würde die Partei endgültig kaputt machen“, warnt Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein.

Wer soll das VW-Gesetz zum Schutz der Arbeitsplätze und der Produktion, für das 40.000 Beschäftigte am 12. September gegen seine Liquidierung durch die EU demonstriert haben, retten?

Ein Steinbrück, der als entschiedener Verfechter der EU-/Agenda-Politik im Namen des von der EU diktierten freien und unverfälschten Wettbewerbs die Verlagerung von Nokia, wie schon vieler anderer Betriebe, in Billiglohnländer zugelassen hat?

Wer will die Forderungen der 60 SPD- und Gewerkschaftsverantwortlichen zur „Bekämpfung der Armut“, zur Rücknahme der Rente mit 67 erfüllen? Wer will den 20 Millionen Menschen, die von Armut betroffen, und den vielen, die von Altersarmut bedroht sind, eine Antwort geben?

Die Steinmeier, Müntefering und Steinbrück deren Politik der Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Demontage der sozialen Sicherungssysteme die Spaltung der Gesellschaft in Massenarmut und Bereicherung für Wenige vorangetrieben hat?

Wer soll den Beschäftigten der Hanauer Vacuumsschmelze eine Antwort geben, die jetzt – im Kampf gegen die Heuschrecke OEP, die sich in ihrem Betrieb eingenistet hat – für die Rückkehr zum Flächentarifvertrag gegen die Tariffucht im Streik stehen? Wer wird die Interessen der 100.000en KollegInnen besonders auch im Osten Deutschlands vertreten, die aus den gewerkschaftlichen Tarifverträgen herausgebrochen wurden und mit Niedrig-/Armutslöhnen abgespeist werden?

Die Steinmeier, Müntefering und Steinbrück, die Hauptverantwortlichen jener Schröder/Agenda-Politik, in deren Zentrum die Zersetzung der Flächentarifverträge, die Ausdehnung von Armutslöhnen und ungeschützten Arbeitsverhältnissen, wie Leiharbeit, steht?

Im Deutschland des 21. Jahrhunderts müssen wieder Kriegstote beklagt werden, die auf fremdem Boden, in Afghanistan, in Kriegseinsätze geschickt wurden. Wer soll dem Willen der großen Mehrheit der SPD-Mitglieder und der Bevölkerung entsprechen, diesem sofort ein Ende zu setzen?

Steinmeier, der Deutschland immer weiter in den Sumpf des weltweiten Feldzugs von Bush hineintreibt?

Wer soll die Stimmen der ArbeitnehmerInnen, der Wählerbasis der SPD, für eine SPD-Regierungsmehrheit zurück erobern? Wer die 100.000en Mitglieder, die die SPD durch die Schröder/Agenda-Politik verloren hat, zurück gewinnen?

Sollen das Steinmeier und Müntefering sein, deren Putsch zum Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten für die Fortsetzung der arbeitnehmerfeindlichen Agenda-Politik auf Erschrecken und Ablehnung bei den ArbeitnehmerInnen und breitesten Bevölkerungsschichten stößt, und Gewerkschaftsverantwortliche veranlasst hat zu erklären, dass sie unter diesen Bedingungen in den Wahlen nicht zur Unterstützung der SPD aufrufen können?

SPD-Mitglieder und -WählerInnen, ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen werden in einem Aufruf auf Initiative hessischer SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen eingeladen, diesen zu unterschreiben und zu unterstützen (s. Seite 3 und 4):

Für die Entscheidung eines auf der Basis der demokratischen Willensbildung aller Mitglieder einberufenen SPD-Parteitags für einen Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten, die die SPD mit der von der Mehrheit leidenschaftlich geforderten Politik der „Korrektur der sozialen Ungerechtigkeiten“ in die Offensive für die Rückeroberung der Regierungsmehrheit führen.

Wer kann daran zweifeln, dass damit die Perspektive des Aufbruchs aus der sozialen und politischen Misere der Gesellschaft eröffnet und die SPD endlich aus dem Prozess der Selbsterstörung befreit werden kann? - CARLA BOULBOULLÉ